

großen Teil davon nennt ein namhafter Vertreter der anglikanischen Kirche... in einem Privatbrief an mich mit Recht „den unverfälschten antisemitischen Unsinn der sogenannten ‚Liga für die Wahrheit der Welt‘. — Andere Aussagen beziehen sich auf wirklich vorgefallene Ausschreitungen und Vandalismen. Meine Nachforschungen darüber haben ergeben, daß die im kirchlichen Nachrichtendienst 4. Jhg. Nr. 7 vom 26. Januar veröffentlichten Äußerungen des Ministeriums für religiöse Angelegenheiten („Kultusministerium“) von Israel über die Stellungnahme der Israel-Regierung zu den genannten Vorkommnissen im wesentlichen zutreffend sind. Zu weiteren Auskünften gern bereit, Ihr Ihnen ergebener

(gez.) Martin Buber“.

Vom 6. 6. 1949 schreibt Prof. Buber: „Seit Absendung meines Briefes an Sie vom 29. 5. habe ich Einblick in ein Schreiben des Pater Terentius OFM, Vikar des la-

teinischen Patriarchen. Jerusalem, vom: 26. 5. erhalten in dem es heißt: „Es ist der Welt in einer bestimmten Art und Weise über einen Vorfall, der sich in Ain Karem zugetragen haben soll, Mitteilung gemacht worden... Ich habe diese Angelegenheit untersucht und die Franziskanischen Schwestern in Ain Karem sagen mir, daß sich ihrer Kenntnis nach nichts ereignet hat, was den übertriebenen und falschen Eindruck beweisen könnte, der dem Bericht in der Palästinaischen Post vom 18. Mai 1949 zufolge vom Vatikanischen Radio veröffentlicht worden sein soll. Es ist zu bedauern, daß solche Geschichten in diesen Tagen intensiver Propaganda weite öffentliche Aufmerksamkeit erhalten und so falsche Eindrücke erwecken und ernste Mißverständnisse schaffen. Ich werde diese Angelegenheit der Aufmerksamkeit der Apostolischen Delegation in Jerusalem unterbreiten und bitten, daß eine öffentliche Erklärung gemacht werden möge.“

Ihr sehr ergebener (gez.) Buber.

4b. Die Juden und die Religionsverfolgungen in Osteuropa

(vgl. „Rundbrief“ Nr. 2/3, S. 37)

Über die Verfolgungen der Juden im Zusammenhang mit den allgemeinen Religionsverfolgungen in Osteuropa, von denen wir bereits im letzten „Rundbrief“ berichteten, liegen weitere Meldungen vor:

Seit einiger Zeit kommen Nachrichten aus Moskau, daß eine Umstellung in den Beziehungen zu den jüdischen Gesellschaften im Gange sei. Die großen jüdischen Verlage in Kiev, Moskau und Minsk haben aufgehört zu existieren. Die Tageszeitung „Emeeß“ in Moskau wurde verboten und einige ihrer Mitarbeiter verhaftet. Darunter sollen sich Itzig Feffer, der Präsident des bereits aufgelösten jüdischen antifaschistischen Komitees befinden, sowie die Schriftsteller Markisch, Nister, Halkin und David Bergelson. Angriffe werden auch gegen Iljah Ehrenburg geführt. Es wird ihnen eine „kosmopolitische Richtung“ vorgeworfen. In der Ukraine faßte die Union der Schriftsteller einen Beschluß, in welchem sie die jüdischen Schriftsteller wegen ihres „bourgeois jüdischen Nationalismus“ verurteilten. In Weißrußland erklärte der Parteisekretär, daß es sich einzig die jüdischen Theater leisten, unpatriotische Stücke zu spielen. 49 jüdische Schriftsteller wurden öffentlich angeprangert.

In: „Israelitisches Wochenblatt für die Schweiz“, 49. Jg. (29. April 1949) Nr. 17, S. 8.

*

Die jüdische Gemeinschaft von Bulgarien besteht nicht mehr. In kurzen trockenen Worten wurde mitgeteilt, daß die letzten Schiffe mit jüdischen Passagieren das Land verlassen habe. Geblieben sind nur einige Tausend jüdische Kommunisten, welche ihr Schicksal mit den regierenden Kommunisten verbunden haben und vom Judentum nichts mehr wissen wollen. Die jüdischen Gemeinden in Bulgarien sind beinahe 2000 Jahre alt.

Ende des 19. und anfangs des 20. Jahrhunderts hatte Bulgarien die bestverwalteten jüdischen Gemeinden; Hebräisch war die Sprache in den jüdischen Schulen. In Sofia gab es mehrere jüdische Tagesschulen mit einigen tausend Schülern.

Als Hitler die Rassengesetze in Bulgarien einführen wollte, ist ihm dies nur in kleinem Maße gelungen. Die Bevölkerung hat sich für die Juden mit Erfolg gewehrt. Bulgarien ist fast das einzige von den Nazis besetzt gewesene Land, das die Juden fast vollständig gerettet hat. Wenn die Juden heute das Land verlassen, so tun sie dies nicht, weil sie mit den christlichen Nachbarn nicht auskommen: sie sind keine Kommunisten auf der einen

und bewußte Juden auf der anderen Seite. In diesem Dilemma haben sie es vorgezogen, ihre alte Heimat wieder aufzusuchen. Die Juden lassen in Bulgarien alles, was in tausendjähriger Arbeit erworben wurde, zurück, aber sie retten, was für sie mehr zählt: das jüdische Bewußtsein.

In: „Israelitisches Wochenblatt für die Schweiz“, Jg. 49 (3. Juni 1949) Nr. 22, S. 8.

*

Der Präsident des amerikanischen Rabbinerrates, Dr. Israel Tabak, stellte in Atlantic City fest, in Polen, Rumänien, Ungarn und anderen osteuropäischen Ländern würden Versuche zur Unterdrückung des religiösen, sozialen und kulturellen Lebens der jüdischen Bevölkerung unternommen.

Diese Erklärung, die er an der Eröffnungssitzung des 13. Jahreskonvents des Rabbinerrates abgegeben hat und an der 150 Rabbiner aus den Vereinigten Staaten und Kanada teilnahmen, ergänzte Dr. Tabak durch folgende Angaben: Es sei in der Tat eine seltsame Ironie, daß die Sowjettruppen, die die Juden aus den „Krallen der Nazimörder“ befreit hätten, sie nun zwingen, eines „geistigen Todes“ zu sterben, indem sie die Juden dieser Länder ihrer religiösen Einrichtungen und des Vorrechtes der Erziehung ihrer Kinder in religiösen Schulen berauben.

In: „Basler Nachrichten“. Nr. 225. 30. Mai 1949.

*

Die rumänische Regierung hat 256 jüdische Institutionen der Wohltätigkeit nationalisiert. Darunter befinden sich Kinderheime, Altersasyle, Waisenhäuser, Kantinen und medizinische Zentren. Im Dekret heißt es, die Föderation der jüdischen Gemeinden habe diese Maßnahmen verlangt.

Das Büro des jüdischen Weltkongresses erklärt in einer Resolution, daß es mit tiefem Bedauern von den Vorgängen in Rumänien Kenntnis nehme, die zur Auflösung der rumänischen Sektion geführt habe. Das rumänische Judentum bilde nächst Rußland die größte jüdische Gemeinschaft in Europa und sie werde jetzt vom jüdischen Leben in der Welt abgeschnitten. Der Weltkongreß gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Juden Rumäniens bald wieder den Anschluß an die anderen jüdischen Gemeinschaften der Welt finden werden.

In: „Israelitisches Wochenblatt für die Schweiz“, 49. Jg. (29. April 1949) Nr. 17, S. 7.

4c. Kirche und Wiedergutmachung

Die evangelische Kirche in Deutschland hat durch ihre herufenen Organe zu den mancherlei Nöten und Fragen der Zeit Stellung genommen, aber bisher ist — soweit mir bekannt — von keiner kirchenamtlichen Stelle ein grundsätzliches Wort zur Wiedergutmachungsfrage gesagt worden. Wenn die Kirche das wache Gewissen des Volkes sein und bleiben soll, dann darf sie nicht schweigen zu dieser Frage, die in erster Linie eine ethische, dann erst eine juristische, politische und wirtschaftliche Frage ist. In dem Stillschweigen aller deutschen Stellen zu dieser Frage offenbart sich eine der größten Unterlassungssünden unserer Zeit. Die Menschen, die einst vom Naziregime beraubt, entehrt, geschädigt und geschmäht wurden, warten seit vier Jahren vergeblich darauf, daß eine deutsche Stelle etwas Ernsthaftes für sie tut. Es geht nicht an, daß die Frage der Wiedergutmachung zusammengekoppelt wird mit Lastenausgleich und anderen Fragen der Hilfeleistung für die Menschen, die durch Krieg und Zusammenbruch in bittere Not geraten sind. Ich übersehe die vordringlichen Nöte unserer Zeit nicht. Als Bevollmächtigter im Hilfswerk der evangelischen Kirchen in Deutschland und als deutscher Vertreter im ökumenischen Flüchtlingsrat habe ich wie jeder ernste Christ mich bemüht, an der Linderung dieser Nöte mitzuhelfen.

Wir wissen um die Verpflichtung, daß „einer des anderen Lasten trage“. Bei der Wiedergutmachung handelt es sich nicht darum, eine Not zu lindern und ein Leid mitzuleiden, sondern es handelt sich um die selbstverständliche Pflicht, begangenes Unrecht wieder gut zu machen. — — All diesen Menschen, die einst beraubt und entrechtet wurden, wurden die Maßnahmen eröffnet, „im Namen des Deutschen Volkes“, zu dem wir alle zählten.

Von den jetzigen Vertretern desselben deutschen Volkes, die in den Parlamenten sitzen, ist diese Frage im allgemeinen nicht anerkannt und nicht ernstlich behandelt worden. Keines der 27 deutschen Parlamente hat diese Frage von sich aus zu einer Lösung geführt. Wo etwas erreicht wurde, geschah es durch das Eingreifen der Besatzungsmächte. Es ist beschämend, daß die fremden Militärregierungen uns auf diese Pflichten aufmerksam machen mußten, während die Parlamentarier sich um Flaggengfragen und Postenbesetzungen unterhielten. Als erste hat die amerikanische Militärregierung in dem Militärregierungsgesetz Nr. 59 die Rückerstattung der

von den Nationalsozialisten geraubten Vermögenswerte angeordnet. Zuletzt hat die Alliierte Kommandantur für Westberlin eine ähnliche Anordnung getroffen. Die Behandlung dieser Frage im verflochtenen Berliner Stadtparlament ist das Beleidigendste, was die Betroffenen seit 1945 erlebt haben. Der für diese Frage eingesetzte Ausschuß hat an einer Vorlage, die im wesentlichen auf Vorarbeiten der evangelischen Hilfsstelle für ehemals Rasseverfolgte zurückging, von 28 Paragraphen in der ganzen Session vier erledigt. Oft mußten die Sitzungen ausfallen, weil die Mitglieder „Wichtigeres“ zu tun hatten.

Es bleibt im Leben eines Volkes genau so wahr wie im Leben eines Einzelnen: unvergebene Schuld führt zu neuer Schuld. Wir haben als Christen die Schuld zu erkennen und abzutragen. Wo wir mit Ernst Gott um die Vergebung der Schuld bitten, können wir im Alltag nicht einem „Schuldschiebertum“ Vorschub leisten, wie es sich jetzt wieder breit macht. Zu diesem „Schuldschiebertum“ — das schlimmer ist als alles andere Schiebertum — rechne ich auch den allorts wieder auflebenden Antisemitismus. Die Bekennende Kirche unter Hitler und auch die EKID haben nach dem Zusammenbruch klare und deutliche Worte hierzu gesagt. Wir dürfen denen keinen Raum geben, die — weil sie sich selbst schuldig fühlen — stereotyp rufen: Tut nichts, der Jude wird verbrannt!

Nicht nur die christlichen Brüder und Schwestern, die einst litten, — in Berlin leben mehr als 2000 evangelische Opfer der sogenannten Nürnberger Gesetzgebung — warten auf ihr Recht, sondern die ganze Welt darauf, daß das Deutsche Volk praktisch beweist, daß eine Neubeginnung und Umerziehung begonnen hat. Die Kirchen, die einst den Mut hatten, „Unrecht“ Unrecht zu nennen, sollten jetzt den größeren Mut aufbringen, nicht nur Recht Recht zu nennen, sondern auch Recht zu fordern. Liebe kann nur wachsen, wo das Recht nicht mit Füßen getreten wird.

(Propst D. Grüber, Ev. Hilfsstelle für ehem. Rasseverfolgte, Berlin vom 28. März 1949).

Zu diesem Thema machen wir darauf aufmerksam, daß bei dem diesjährigen Katholikentag die Wiedergutmachungsfrage behandelt werden soll. (Anm. der Redaktion).

5. KLEINE NACHRICHTEN

5a. Die Kirche und die Juden

Das Ökumenische Institut in Bossey bei Genf veranstaltete gemeinsam mit dem Internationalen Komitee für Judenmission vom 24. bis zum 30. März eine Tagung über „Die Kirche und die Juden“. Die Konferenz wurde in Ausführung eines Beschlusses der Weltkirchenkonferenz von Amsterdam durchgeführt, der das Problem der Beziehungen zwischen der christlichen Kirche und dem jüdischen Volk als ein besonderes Anliegen der Christenheit bezeichnet hat. An der Tagung nahmen 20 Personen aus Deutschland, Frankreich, England, Holland, Schweden, der Schweiz und den Vereinigten Staaten teil. Die Konferenz hörte Referate von Professor K. H. Rengstorff und Rev. J. Parkes sowie einen Bericht von Dr. C. Hoffmann über die derzeitige Lage der Juden. Rev. H. A. Leuner sprach über den Zionismus. Einmütig wurde bezeugt, wie wichtig es heute sei, daß die Kirche sich ihrer besonderen Bezogenheit auf das jüdische Volk bewußt werde — eine Tatsache, die tief in Gottes Heilsgeschichte mit diesem Volk wurzelt und sich auch heute im Wandel seiner Geschichte auswirkt... Die Kirche hat eine große erzieherische Arbeit durchzuführen, um

einer neuen und wahrhaft christlichen Haltung ihrer Glieder den Weg zu bahnen.

In: „Mitteilungsblatt der christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz“ 1. Jg. Zürich, Mai 1949 Nr. 1.

5b. Die Beziehungen zwischen Judentum und der christlichen Welt

Laut einer Meldung im Februarheft der „World Jewish Affairs“ hat der jüdische Weltkongreß, der im Februar in London zusammengetreten ist, den von Dr. A. Steinberg unterbreiteten Vorschlag angenommen, wonach die fähigsten Vertreter der jüdischen Geisteswelt aufgefordert werden sollen, die Grundsätze zu formulieren, die dem Ausbau der Beziehungen zwischen dem Judentum und der christlichen Welt zugrunde zu legen sind. Dieser Vorschlag ist die Antwort auf den im vergangenen September veröffentlichten Bericht der Amsterdamer Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen.

In: „Mitteilungsblatt der christlich-jüdischen Arbeitsgemeinschaft in der Schweiz“ 1. Jg. Zürich, Mai 1949 Nr. 1.